Nr. 284 XXVI. Jahrgang

Donnerstag, 17. Oktober 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 8 28, 13 8 38, 13 8 97. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 25 Pf., für auswärts 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile M 1,50, mit Platzvorschrift M 2.—. Für Ziffer- oder Auskunft 50 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Ermäßigung nach festgelegten Sätzen. Briefgebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 50 % Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsre Vertreter und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreis: Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M 1,40, vierteljährlich M 4,20. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M 1,40, vierteljährl. M 4,20; „ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1,55, „ „ 4,65
In Oesterreich-Ungarn: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. Kr. 2,52, vierteljährl. Kr. 8,10; „ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 2,45, „ „ 7,47
Nach d. Auslande in Streifb. wöchentl. M 1,10. Einz.-Numm. 10 Pf.

Wilsons neue Note und ihre Aufnahme

Die deutschen Mehrheitsparteien weiter zur Verständigung geneigt — Friedenskundgebungen in südfranzösischen Städten — Die Exzarin mit ihren Töchtern ermordet?

Sachsen am Scheidewege

Wenn es heute noch Leute gibt, die der Meinung sind, die innere Politik im Reiche und in den Bundesstaaten habe mit den sich überstürzenden Weltereignissen, die sie fein säuberlich als äußere Politik abgegrenzt wünschen, nichts zu tun, so könnte man ruhig über solche Köpfe zur Tagesordnung übergehen. Könnte den selbst für Götter ziemlich aussichtslosen Kampf aufgeben, wenn nicht die politisch niemals erleuchteten, auch heute nicht politisierten Spießbürgerhirne dieser Art in den Köpfen einer immerhin kompakten Minderheit säßen, einer Truppe, die die alldeutschen und vaterlandsparteilichen Demagogen vor ihren verfahrenen Karren spannen. Kräfte also, die schließlich doch auch aufgeboten werden müßten für die Sache des Vaterlandes, werden hier zu geradezu volksfremdlichen Zwecken mißbraucht. Man versucht jetzt unter Ausnützung der politischen Kurzsichtigkeit den Schwindel zu verbreiten, als sei etwa schon der Vorstoß über die Marne im Sommer 1918 deshalb mißlungen, weil das Volk im Reiche und in den Bundesstaaten endlich sah, was ist, und verlangt hat, seinen aus schmerzhafter Erkenntnis gewonnenen politischen Willen zur Anwendung zu bringen.

Solange die Täuschung über die wahren Verhältnisse, deren Opfer wir geworden sind, vorhielt, konnte man wenigstens den Getäuschten noch den guten Glauben zubilligen. Wer aber irgendwie sich politisch betätigt, gleichviel, auf welche Art, kann diese Entschuldigung seit Monaten nicht mehr für sich in Anspruch nehmen. Die an der Täuschung des deutschen Volkes schwer Mitschuldigen, die Alldeutschen und die Führer und Gefolgsleute der Vaterlandspartei, versuchen es nun, einen Sündenbock zu finden und sind dabei auf Herrn v. Bethmann Hollweg verfallen nach einem nicht unbekannten Rezept reaktionärer Politik. Als die reaktionäre Mißwirtschaft in Sachsen und die einseitige agrarische Parteipolitik auf Kosten des sächsischen Volkes in naturgemäßer Entwicklung die sächsischen Finanzen bis zur Bruchgrenze belastet hatte, wollten die Väter und Führer dieses Regiments genau ebenso die Folgen von sich abwenden, indem sie den Minister v. Watzdorf mit dem widerlichsten Zynismus abschlachteten. Der war nur das nachgiebige Werkzeug derselben Leute, die bis in diese Tage und schon vor Jahr und Tag unter Nichtbeachtung des Burgfriedens die Verhetzungspolitik der Alldeutschen und der Vaterlandspartei betrieben haben. Jetzt möchten dieselben Interessenpolitiker, die den Reichskanzler von Bethmann Hollweg gezwungen haben, den Krieg mit den Vereinigten Staaten durch ihre Politik herbeizuführen, ihn nachträglich in wenig glänzender Isolierung als armen Sünder vor das Tribunal der Nation fordern, vor ein Forum, das ihrer harrt, wenn der Frieden geschlossen ist. Es kann heute kein Zweifel mehr darüber sein, daß wir alle getäuscht worden sind, insbesondre mit gänzlich unhaltbaren Zahlen und Voraussetzungen für den Erfolg des Unterseebootskrieges und über die Wehrkraft Amerikas. Man muß sich vorstellen, daß Herr v. Bethmann Hollweg von diesen militärischen Dingen so wenig verstand, wie wir alle. Sein Fehler war es aber, daß er, anstatt den Krieg und die Kriegführung nur als Mittel der Politik gelten zu lassen, die politische Führung sich aus der Hand nehmen ließ und sich im entscheidenden Moment den Folgen eines Bruchs mit den Vereinigten Staaten nicht widersetzte. Allerdings deshalb, weil er im guten Glauben den Fachleuten vertraute, die, wie wir nur zu gut wissen, ihrer Sache so „sicher" waren, daß sie uns haarscharf nachwiesen, es könnten keine 150 000 Amerikaner bis zur siegreichen Entscheidung des Krieges für Deutschland über das Meer gebracht werden. Und alles das geschah in der Stunde, als Graf Bernstorff mit Wilson, der dazu bereit war, über einen Friedensaufruf verhandelte, der im Namen Wilsons die Beendigung des Weltkrieges forderte in einer Weise, die uns Hunderttausende von Menschenleben und Milliarden an Geld, fast alles Schlimme erspart hätte, was wir nun bei der Liquidierung des Krieges als neue Opfer zu tragen haben werden. Man braucht den Fehler des Herrn v. Bethmann Hollweg nicht im geringsten zu verkleinern, aber man darf sich nicht dumm machen lassen von denen, die ihn noch mehr aufblasen, um ihre eigentliche Schuld, ihre Schuld an dem Abbruch der Verhandlungen mit Amerika, ihre Schuld an allem, was danach gekommen ist bis heute, zu verbergen. Was konnte Bethmann tun? Er mußte bei seiner Politik eines Ausgleiches ohne Waffen mit Amerika stehen und mit ihr fallen. Aber das war's ja, was die Tirpitz, Kapp, Claß, Reventlow und ihre Mitverschworenen auch in Dresden und Sachsen wollten. Dann — dann wäre es mit einem der Vaterlandspartei und den Alldeutschen völlig gefügigen Kanzler genau dahin gekommen, wohin es auch so gekommen ist. Zum Bruch mit Amerika. War doch das Jahlengeschrei, die Sicherheit so groß, daß Herr v. Capelle mit dem Finger schnipste: „Amerikas Eingreifen ist gleich Null zu erachten." Und Herr Helfferich wies schlagend Englands wirtschaftlichen Zusammenbruch [illegible] nach. So ließ sich Bethmann täuschen. So wurden wir getäuscht.

Indessen über die Schuldfrage wird man sich, wenn der Frieden da ist, mit den Schuldigen auseinandersetzen. Heute ist es notwendig, sich selbst hierdurch nicht abhalten zu lassen, die Forderung der Stunde zu erfüllen. Wir müssen dem Schlimmen ins Gesicht sehen, um seiner Herr zu werden, und wir können nur Herr darüber werden, wenn endlich so regiert wird, daß das Volk vertrauensvoll hinter der Regierung steht. So, daß uns nicht alle Völker der Welt nach wie vor mit ihrem Mißtrauen beehren. Das ist der Grund, warum sich in der Not Regierungsreformen vollziehen, die — schuf man sie früher — uns die ganze Not erspart hätten, wenn vor und in währendem Krieg ehrlich konstitutionell regiert worden wäre. Der fürchterliche Zusammenbruch unsrer Diplomatie, deren Unfähigkeit sich allein schon dadurch ausdrückt, daß Deutschland neunundzwanzig Kriegsgegner hat, zeigt wohl deutlich genug, daß die Zugehörigkeit zu einem feudalen Studentenkorps oder zu einem konservativen Landesverein und ähnlich schätzenswerte Eigenschaften als Qualifikationsbeweis für alle Zeiten abgeschafft ist. Zeigt aber auch, daß die Erneuerung der Reichsregierung und der inneren und äußeren Politik, die nach dieser furchtbaren Beweisführung durch den Krieg untrennbar verbunden sind, Hand in Hand gehen muß mit Reformen in den Bundesstaaten.

Was soll nun in Sachsen geschehen? Aus hundert Artikeln wissen unsre Leser, daß einer der Hauptfehler der sächsischen Regierungspolitik längst vor dem Kriege in der Ministerialverfassung liegt, die es einem so einsichtigen Mann, wie dem Grafen Vitzthum, immer wieder aufgebürdet hat, die völlig einsichtslosen Beschlüsse des Gesamtministeriums, denen er, wie man wohl merkte, widersprochen hatte, in der Kammer auf seine Schultern zu nehmen. Als Minister des Innern hatte er alle die Ablehnungen der Verfassungsreformanträge der Kammer zu vertreten, die weiter nichts darstellten, als Beschlüsse seiner weder ihrer Zeit noch politisch ihrem Amt irgendwie gewachsenen Ministerkollegen. Anscheinend ist das ein partielles Naturgesetz. Welche Erschütterungen hat Sachsen durchgemacht, ehe Herr v. Metzsch zugleich mit dem alten Zensus ging. Im Volk hielt man diesen nur allzu konservativen Minister für einen Tyrannen. Während er in Wirklichkeit tyrannisiert wurde von dem Wirklichen Geheimen Rat Mehnert, dem Führer der reaktionären Politik in dem Industriestaate Sachsen, und natürlichstem Sachwalter jener agrarisch-alldeutschen „vaterlandsparteilichen" Politik, deren Ergebnis wir heute schaudernd vor uns sehen. Als Herr v. Metzsch sich auf das Hausministerium zurückzog, begann sofort der Minenkrieg dieser Nebenregierung gegen den Grafen Hohenthal, dessen Wahlrechtsvorlage immerhin als eine Wohltat empfunden wurde, weil endlich die brutale Machtformel zugunsten der konservativen Parteiherrschaft in der Kammer durchbrochen war. Man erinnert sich noch wohl der Zeiten, als es Exzellenz Mehnert für angezeigt hielt, rechtzeitig aus der Zweiten Kammer zu verschwinden, was ihn indessen nicht hinderte, weiterhin einen Einfluß geltend zu machen, über dessen Verderblichkeit kein aufrechter und vernünftiger Mensch in Sachsen im Zweifel sein kann. Noch in den letzten Wochen, als alle Wissenden das Vaterland längst in schwerster Gefahr wußten, hat Herr Mehnert nichts Besseres zu tun gehabt, als das Land und auch den König, dem er sich immer als sein bester Diener aufgespielt hat, mit Hilfe der Vaterlandspartei für den unglückseligen Gedanken zu bearbeiten, daß der König von Sachsen zugleich Herzog von Litauen sein müsse.

Von den aus der Maiendlüte dieser politischen Sünden noch übriggebliebenen Funktionären sind jetzt Ministerialdirektoren verschwunden, die auch in dieser Sorte von Politik ihre Rollen gespielt hatten. Noch aber sitzt im Ministerium des Innern der Geheimrat Heink, der Mann, der es beinahe fertiggebracht hätte, durch seine elegante „Taktik" die Hohenthalsche Wahlrechtsreform zur Strecke zu bringen. Wir haben ihm damals den Artikel „Des schönste Gehrock des Parlaments" gewidmet. Aber nun wird er dem Volke, dem die Freuden so knapp geworden sind wie das liebe Brot, doch bald das Vergnügen machen müssen, daß dieses sagenhaft schöne Kleidungsstück samt Inhalt aus dem sächsischen Parlament für immer verschwindet. Dagegen bringt man drei in ihrer Art so ausgezeichneten Männern, wie den Ministerialdirektoren Dr. Koch, Dr. Dehne und Dr. Schmitt, der kürzlich in erfreulich überraschender Weise, von dem Grafen Vitzthum schnell befördert, an die richtige Stelle gekommen ist, volles Vertrauen entgegen. Drei Köpfe, die man sich nur anzusehen braucht, um zu wissen, daß Herr Heink daweden unmöglich ist.

Es erscheint kaum notwendig, darauf hinzuweisen, daß Staatsmänner, die sich bis in die letzten Tage mit der Politik des Grafen Reventlow und der Vaterlandspartei identifiziert haben, den neuen Notwendigkeiten sich selbst wohl so wenig gewachsen fühlen, daß ihre begreiflichen persönlichen Wünsche ebenso von selbst verstummen. Außerordentlich belastet ist auch in dieser Beziehung der Wirkl. Geh. Rat Schroeder im Finanzministerium, übrigens ein Mann, dem auch sonst jedes Umlernen versagt erscheint. Es muß aber auch daran erinnert werden, daß der Kabinettssekretär des Königs nicht von einer Art sein kann wie Herr v. Baumann, dessen gänzliche Weltfremdheit übrigens selbst seinen Standesgenossen seit Jahr und Tag der Gegenstand nicht immer harmlosen Humors ist. Es handelt sich hier genau so um eine wichtige Staatsdienerstelle, wie die ist, aus der die Intrigen der Alldeutschen in Berlin Herrn v. Valentini entfernten, um einen ihrer Gesinnungsgenossen, Herrn v. Berg, dafür hinzusetzen. Das Verfahren wird bei dem hohen Alter des Herrn v. Baumann nicht einmal grausam sein, und in eingeweihten Kreisen herrscht schon heute kein Zweifel mehr darüber, daß Graf Metzsch, der Minister des Königlichen Hauses, ein Mann von über 80 Jahren, sich ebenso zurücklegen wird, wie eben der Vortragende Rat im Hausministerium und Kabinettssekretär v. Baumann.

Nun kann selbstverständlich eine vernünftige Reform der Regierung nicht darin bestehen, daß man den Hut auf der Stange mit einem oder zwei Konzessionsparlamentariern garniert. Ebensowenig aber kann sich eine vernünftige demokratische Gesinnung oder Forderung darin bewegen, daß sie Anstoß nimmt an Aeußerlichkeiten. Es geht ja nicht (wie die Fürchtemacher glauben machen wollen) ums Alles platzwälzen, um „Pöbelherrschaft", ums Aristokratenstürzen. Und wenn Graf Vitzthum nun die Stunde gekommen sieht, seine Einsicht durchzusetzen, so wird man es ihm nicht vergessen, welches ministerielle Gepäck und was noch sonst ihn bisher daran gehindert hat. Ebensowenig aber wird man tüchtige Kräfte aus den Ministerien zu entfernen wünschen, nur weil sie unter dem bisherigen Regime natürlich politisch sich so betätigt haben, wie es das Gesamtministerium allein zuließ. Tatkräftige und organisatorisch veranlagte Köpfe wie z. B. Leute vom Schlage des Dr. Steinbach im Ministerium des Auswärtigen wird man wünschen an einer Stelle zu sehen, wo ihre Begabung, ihre Erfahrung im Auslande, ihre Tatkraft zum Nutzen des Volkes und des Vaterlandes voll ausgenutzt werden kann. Und da wir schon einmal, wie es notwendig ist, von Personalien sprechen, so können wir es wiederum als erfreulich bezeichnen, daß sich durch den Eintritt Dr. Heinzes in die Regierung, als Chef des Justizministeriums, bereits ein günstiger Wandel vollzogen hat. Der Justizminister darf als ein aufrichtiger und energisch für die notwendigen Reformen eintretender Staatsmann nach den Mitteilungen, die wir von zuverlässiger Seite erhielten, bezeichnet werden. Daß seine Berufung nicht zuletzt auf den mit diesen Anschauungen des Justizministers vertrauten Minister des Innern, Grafen Vitzthum, zurückzuführen ist, erscheint gleichfalls als ein erfreuliches Symptom. Unbedingt notwendig ist natürlich genau wie im Reiche auch in den Bundesstaaten der Eintritt von staatsmännisch begabten und tatkräftigen Politikern in die Regierung, die das volle Vertrauen breiter Volksmassen besitzen. Aus der Sozialistenfurcht sind wir ja glücklich heraus, nachdem die Führer der sozialdemokratischen Partei

Verschärfte Forderungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten

× Washington, 14. Oktober. (Reuter)

Antwort Wilsons auf die deutsche Note vom 12. Oktober:

Der Staatssekretär hat heute nachmittag dem interimistischen Geschäftsträger der Schweiz und Vertreter der deutschen Interessen in den Vereinigten Staaten folgende Note bekanntgegeben:

Staatsdepartement vom 14. Oktober

Mein Herr!

In Beantwortung der Mitteilung der deutschen Regierung vom 12. Oktober, welche Sie mir heute übergeben haben, habe ich die Ehre, Sie um die Uebermittelung folgender Antwort zu ersuchen:

Die uneingeschränkte Annahme der von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten in seiner Botschaft an den Kongreß der Vereinigten Staaten vom 8. Januar 1918 und in seinen folgenden Botschaften niedergelegten Bedingungen von seiten der jetzigen deutschen Regierung und einer großen Mehrheit des Deutschen Reichstages berechtigen den Präsidenten, eine offene und direkte Erklärung seines Entschlusses hinsichtlich der Mitteilungen der deutschen Regierung vom 5. und 12. Oktober 1918 abzugeben. Es muß Klarheit darüber bestehen, daß die Durchführung der Räumung und die Bedingungen eines Waffenstillstandes Angelegenheiten sind, welche dem Urteil und dem Rate der militärischen Berater der Regierung der Vereinigten Staaten und der alliierten Regierungen überlassen werden müssen, und der Präsident fühlt sich verpflichtet, zu erklären, daß keine Regelung von der Regierung der Vereinigten Staaten angenommen werden kann, die nicht völlig befriedigende Sicherheiten und Bürgschaften für die Fortdauer der gegenwärtigen militärischen Ueberlegenheit der Armeen der Vereinigten Staaten und der Alliierten an der Front schafft. Er hat das Vertrauen, daß er als sicher annehmen kann, daß dies auch das Urteil und die Entscheidung der alliierten Regierungen sein wird. Der Präsident hält es auch für seine Pflicht, hinzuzufügen, daß weder die Regierung der Vereinigten Staaten, noch er dessen ganz sicher ist, daß die Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten als Kriegsführende assoziiert sind, einwilligen werden, einen Waffenstillstand in Erwägung zu ziehen, solange die Streitkräfte Deutschlands fortfahren, die ungesetzlichen und unmenschlichen Praktiken auszuüben, bei denen sie noch verharren. In derselben Zeit, wo die deutsche Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten mit Friedensvorschlägen herantritt, sind ihre U-Boote damit beschäftigt, auf der See Passagierschiffe zu versenken und nicht nur die Schiffe, sondern auch die Boote, in denen ihre Passagiere und Besatzungen versuchen, sich in Sicherheit zu bringen. Die deutschen Armeen schlagen bei ihrem jetzigen erzwungenen Rückzuge aus Flandern und Frankreich einen Weg mutwilliger Zerstörung ein, der immer als direkte Verletzung der Regeln und Gebräuche der zivilisierten Kriegführung betrachtet wurde. Die Städte und Dörfer, wenn sie nicht zerstört sind, sind von allem, was sie enthalten, oft sogar ihrer Einwohner beraubt. Es kann nicht erwartet werden, daß die gegen Deutschland assoziierten Nationen einem Waffenstillstande zustimmen werden, solange die unmenschlichen Handlungen, Plünderung und Verwüstung fortgesetzt werden, auf die sie mit Recht mit Schrecken und empörtem Herzen blicken.

Es ist auch notwendig, damit keine Möglichkeit eines Mißverständnisses entstehen kann, daß der Präsident mit großem Nachdruck (very sollemnly) die Aufmerksamkeit der Regierung Deutschlands auf die Fassung und die klare Absicht (to the language and plain intent) einer der Friedensbedingungen lenkt, welche die deutsche Regierung jetzt angenommen hat. Sie ist enthalten in der Botschaft des Präsidenten, die er am 4. Juli d. J. in Mount Vernon gehalten hat. Sie lautet wie folgt:

Die Vernichtung jeder willkürlichen Macht überall, die für sich geheim und nach eigenem Belieben den Frieden der Welt stören kann, oder, wenn sie jetzt nicht vernichtet werden kann, mindestens ihre Herabminderung zu tatsächlichem Unvermögen und (folgt eine Telegrammverstümmelung). Die Macht, welche bisher die deutsche Nation beherrscht hat (controlled), ist von der Art, wie sie hier beschrieben wird.

Die deutsche Nation hat die Wahl, dies zu ändern. Die ebenerwähnten Worte des Präsidenten bilden natürlich eine Bedingung, die vor dem Frieden erfüllt werden muß, wenn der Friede durch das Vorgehen (by the action) des deutschen Volkes kommen soll. Der Präsident hält sich für verpflichtet, zu erklären, daß die ganze Durchführung des Friedens seiner Ansicht nach von der Bestimmtheit und dem befriedigenden Charakter der Bürgschaften abhängen wird, welche in dieser grundlegenden Frage gegeben werden können. Es ist unumgänglich, daß die gegen Deutschland assoziierten Regierungen unzweideutig wissen, mit wem sie verhandeln.

Der Präsident wird eine besondere Antwort an die kaiserlich königliche Regierung von Oesterreich-Ungarn absenden.

Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Versicherung meiner Hochschätzung.

Robert Lansing.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19181017/1